

Antrag O-3**SPD-Unterbezirk Region Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bezirksvorstand****Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen**

1 Die SPD im Bezirk Hannover setzt sich für eine
2 gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern
3 und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden
4 Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genoss:innen
5 strukturell zu unterstützen:

6 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommu-
7 naler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des
8 Bundes und auf Europaebene werden die Spit-
9 zenkandidaturen, also die Listenplätze 1, min-
10 destens zur Hälfte mit Frauen besetzt.

11 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen
12 als Kandidierende für vordere Positionen in
13 Gremien der Partei und für Wahlämter auf
14 kommunaler Ebene werden ausgebaut. Da-
15 zu gehören auch Maßnahmen wie regel-
16 mäßige Interessenabfragen in der Mitglied-
17 schaft zur Übernahme von Funktionen und
18 Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von
19 Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm,
20 Förderung der Bildung von Netzwerken.

21 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstel-
22 lungspolitik besser messbar zu machen, wird
23 alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstel-
24 lungsbericht auf Bezirks- und Landesebene er-
25 stellt.

26 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf
27 Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und Bun-
28 desebene werden – sofern eine technische
29 Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzun-
30 gen durchgeführt.

31 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewähr-
32 leistet, dass insbesondere Frauen beim Vorge-
33 hen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder
34 verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt
35 werden.

36 Das Sharing von Funktionen innerhalb der Par-
37 tei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen
38 auch in besonderen familiären oder Notsituationen
39 zu sichern. Daher wird die Landtagsfraktion gebe-
40 ten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssha-
41 ring auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktio-
42 nen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung
43 von Funktionen zu ermöglichen.

44

45 Begründung

46 nsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen
47 die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen
48 mitzugestalten. Seit jeher hat sich die SPD dafür ein-
49 gesetzt, dass Frauen gleichberechtigt aktives und
50 passives Wahlrecht ausüben können. Gleichwohl
51 ist es in der vergangenen Kommunalwahl und der
52 Landtagswahl nicht gelungen, den Frauenanteil bei
53 den Mandatsträgerinnen so zu steigern, dass SPD-
54 Plätze nahezu paritätisch besetzt sind. Im Schnitt
55 sind nur unter 30 Prozent Frauen in Kommunalpar-
56 lamenten Mandatsträgerinnen. Im neuen Landtag
57 hat es die SPD nur geschafft, 31,6 Prozent ihrer Plätze
58 mit Frauen zu besetzen. Dies muss sich ändern und
59 dem Verfassungsbruch in Permanenz ein Ende ge-
60 setzt werden!

61 Die Rahmenbedingungen dafür, ein Mandat oder
62 eine parteiinterne Funktion zu besetzen, müssen
63 angepasst werden, um allen eine gleichberechtig-
64 te Teilhabe zu ermöglichen. Für Mandatsträgerin-
65 nen, die Sorgearbeit gegenüber ihren Kindern oder
66 Angehörigen leisten und ggf. zusätzlich einen Beruf
67 ausüben, sind die zeitlichen und organisatorischen
68 Hemmschwellen teilweise sehr hoch, den Anforde-
69 rungen an eine Mandatsträgerin gerecht zu werden.
70 Erst recht, wenn sie alleinerziehend sind. Gerade
71 Frauen trifft dies besonders, weil diese in Deutsch-
72 land etwa 52,4 % mehr Sorgearbeit leisten als Män-
73 ner (Zahlen des BMFSJ aus 2019 zum „Gender Care
74 Gap“).

75 Zu den Rahmenbedingungen gehören Sitzungszei-
76 ten, die Beruf, Familie und Mandat im Blick behal-
77 ten, die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sit-
78 zungen, Frauennetzwerke, Kinderbetreuung wäh-
79 rend der Sitzungen, eine Atmosphäre der Akzep-
80 tanz und eine Kultur des Verständnisses sowie Mög-
81 lichkeiten der Unterstützung und Fortbildung. Die-
82 se Grundpfeiler sollten verbindlich werden. Gera-
83 de die Online-Teilnahme an Sitzungen ist für eine
84 bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Man-
85 dat oder Funktion ohne große organisatorische Hür-
86 den zuträglich. Das hat die Pandemiesituation be-
87 reits gezeigt. Der Rat der Landeshauptstadt Hanno-
88 ver hat eine Änderung seiner Hauptsatzung nach
89 § 64 NKomVG bereits umgesetzt. Dies sollte auch
90 in anderen kommunalen Gebietskörperschaften er-
91 möglicht werden.

92 Ein Mandatssharing, was Überlastungsspitzen ver-
93 meidet, ist im NKomVG bisher nicht vorgesehen.

94 Möglichkeiten einer entsprechenden Gesetzesän-
95 derung sollten seitens der Landtagsfraktion ge-
96 prüft werden. Darüber hinaus sollte es auch ermög-
97 licht werden, dass sich Mandats- oder Funktionsträ-
98 ger:innen bei eigenen Redebeiträgen in Gremiensit-
99 zungen der Partei in familiär oder persönlich beding-
100 ten Notsituationen auch vertreten können lassen.
101 Gerade bei Alleinerziehenden kann dies ein wichti-
102 ger Punkt sein, aktiv an der Politikgestaltung teilzu-
103 haben. Selbstverständlich ist die Vertraulichkeit von
104 Einzelangelegenheiten hierbei zu berücksichtigen.
105 Beleidigungen, Bedrohungen und Herabsetzungen
106 betreffen viele Politiker:innen und parteipolitische
107 Engagierte. Von zunehmend feststellbaren sexuali-
108 sierten Beleidigungen („catcalling“) und Antifeminis-
109 mus sind aber vor allem Frauen betroffen, die da-
110 her von einer Kandidatur um Ämter Abstand neh-
111 men. Daher wird dieser Aspekt im Kontext des Be-
112 schlusstext besonders betont. Wünschenswert ist
113 gleichwohl ein umfassendes Schutzkonzept, das in-
114 tersektional ansetzend alle Personengruppen, die
115 aufgrund von Diversitätsmerkmalen oder des Um-
116 stands, dass sie Stereotypen nicht entsprechen, An-
117 feindungen ausgesetzt sind, im Schutzkonzept der
118 Partei berücksichtigt werden.